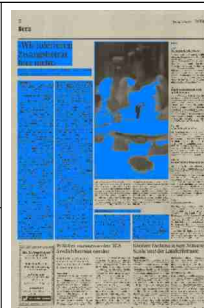


Datum: 04.05.2010

# Der Bund



Redaktion "Der Bund"  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

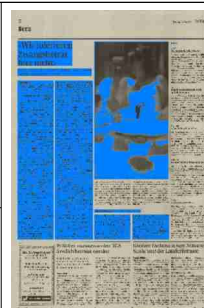
Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84  
Abo-Nr.: 1077523  
Seite: 22  
Fläche: 64'403 mm<sup>2</sup>

## «Wir tolerieren Zwangsheirat hier nicht»



Zwangsheirat erkennt man oft erst auf den zweiten Blick. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)



Redaktion "Der Bund"  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84  
Abo-Nr.: 1077523  
Seite: 22  
Fläche: 64'403 mm<sup>2</sup>

## Laut Beratungsstellen und Fremdenpolizei nehmen die Fälle von Zwangsheirat in Bern zu.

### Rahel Bucher

So könnte sich ein Fall von Zwangsheirat abspielen: Eine junge, in Bern geborene Tamilin hat hier einen Freund. Als sie mit ihren Eltern nach Sri Lanka in die Ferien fährt, wird sie gegen ihren Willen mit ihrem Cousin verheiratet. Handelt es sich um eine Zwangsheirat oder um eine arrangierte Ehe? «Wir gehen bei der Definitionsfrage von der individuellen Ebene aus», sagt Wiebke Döring, Fachfrau Gender-based violence bei der Organisation Terre des Femmes. «Wenn sich jemand unter Druck gesetzt fühlt, kann man von Zwang sprechen.» Zwangsehen verletzen laut Terre des Femmes fundamentale Rechte der Betroffenen: das Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit, körperliche und psychische Unversehrtheit und Bildung.

Das Phänomen Zwangsheirat gibt es auch in Bern. Nicht alle Verwaltungsstellen, die mit dem Thema konfrontiert sind, schätzen die Situation gleich ein. Florian Dübli, Vorsteher Migrationsdienst Kanton Bern, sagt: «Wir sind im Moment nicht gehäuft mit der Thematik konfrontiert. Trotzdem nehmen wir sie ernst.» Etwas anders sieht das Alexander Ott, Leiter Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern: «Wir beobachten mehr Fälle als früher.» Jährlich werden in der Stadt Bern in über 80 Fällen vertiefte Abklärungen wegen des Verdachts der rechtsmissbräuchlichen Eheschliessung vorgenommen, bestätigt er.

Auch vonseiten der Beratungsstellen lässt sich laut Döring eine Zunahme feststellen. Wie viele Fälle von Zwangsheirat es im Kanton Bern gibt, weiss niemand genau. Da es kein eigener Straftatbestand ist, sondern unter Nötigung abgehandelt wird, gibt es keine statistischen Zahlen. «Dementsprechend hoch ist die Dunkelziffer», sagt Döring. Sie führt die Zunahme der Fälle vor allem darauf zurück, dass sich immer mehr Frauen trauen, ihre Situation anzusprechen. Zudem sei Zwangsheirat in der Öffent-

lichkeit kein Tabuthema mehr.

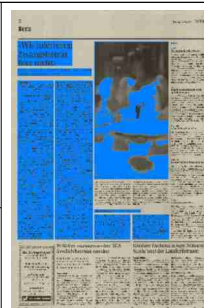
### Die Politik ist gefordert

Spätestens seit der Motion von Daniel Steiner-Brütsch muss sich auch die Politik mit dem Thema auseinandersetzen. Der EVP-Grossrat verlangt vom Regierungsrat geeignete Massnahmen zur Erkennung und zum Schutz von Opfern von Zwangsheirat sowie zur Verhinderung von Zwangsheirat. In der Antwort schreibt der Regierungsrat, dass zusätzliche Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zur Aufdeckung weiterer Fälle hilfreich sei. Zudem will er die in diesem Bereich tätigen Verwaltungsstellen und Hilfsinstitutionen stärker vernetzen - ein Anliegen, das diese teilen. «Die verbesserte Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen könnte förderlich sein», sagt etwa Dübli. Ein Schritt in diese Richtung ist die soeben aufgeschaltete neue Website von Terre des Femmes Schweiz (siehe Kasten). Döring fände es zudem wichtig, dass es spezielle Beratungsstellen gäbe.

Zurück zum fiktiven Fallbeispiel: Der junge Mann kommt mit nach Bern. Hier muss sich das verheiratete Paar auf dem Zivilstandsamt melden. «Oft ist das Zivilstandsamt die Schnittstelle, wo man merkt, dass etwas nicht stimmt», sagt Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP), Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion. Allerdings sei es für die Standesbeamten schwierig, in einem Verdachtsfall zu reagieren. «Es ist ja immer nur eine Vermutung, ein ungutes Gefühl», sagt er. Noch gibt es laut Käser keine allgemeingültigen Massnahmen, die man im Verdachtsfall einleiten kann. Wie das fiktive Fallbeispiel zeigt, bewegt man sich schnell in einer Grauzone.

### Wegschauen oder eingreifen?

Soll man bei einem Verdacht reagieren, schaut man weg, oder akzeptiert man Zwangsheirat als Tradition anderer Kulturkreise? Lange sei das Thema heruntergespielt worden mit der Begründung, dass es sich um unterschiedliche



Redaktion "Der Bund"  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84  
Abo-Nr.: 1077523  
Seite: 22  
Fläche: 64'403 mm<sup>2</sup>

kulturelle Vorstellungen handle, sagen Döring und Düblin. «Es ist legitim, dass die Gesellschaft sagt: nicht bei uns.» Dem stimmt auch Ott zu: «Wir tolerieren das hier nicht.»

Das Thema Zwangsheirat stürzt viele junge Menschen in ein grosses Dilemma zwischen Familien- und Kulturtradition sowie ihrem «freien» Leben in der Schweiz. Um nicht mit ihren Familien zu brechen, akzeptierten junge Leute ihr Schicksal, sagt Düblin.

Neben dem Zivilstandsamt sind es laut Ott Lehrpersonen, Lehrmeister und vor allem die Beratungsstellen, die einen Verdacht äussern. Umso wichtiger wäre es, dass neben potenziell betroffenen Jugendlichen, Eltern und Verwandten auch Fachpersonen aus

Schule, Jugendarbeit und Verwaltung besser sensibilisiert werden, findet Döring. Terre des Femmes bietet für diese Zielgruppen Präventionsprojekte an. Immer öfter erscheinen betroffene Frauen persönlich bei Fach- und Beratungsstellen.

### Nicht an Religion gebunden

«Bei uns melden sich vor allem jüngere Frauen, die hier aufgewachsen sind», sagt Döring. Die meisten von ihnen kämen aus Sri Lanka, Pakistan, Kosovo oder von den Philippinen. Döring betont, dass eine Zwangsheirat weder abhängig von einer bestimmten Religion noch Ethnie ist. Auch sie hat kein Patentrezept, wie man bei Verdacht auf Zwangsehe reagieren soll. «Es kommt

## Zwangsheirat Schweizweite Massnahmen

Die Organisation Terre des Femmes hat soeben eine Website zur Zwangsheirat in der Schweiz lanciert: **www.gegen-zwangsheirat.ch**. Sie dient dem Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Projektpartnern und informiert Betroffene, Interessierte sowie Fachstellen. Auch auf Bundesebene sollen Schritte gegen die Zwangsheirat eingeleitet werden. Aufgrund verschiedener politischer Vorstösse hat der Bundesrat im November 2008 ein Vernehmlassungsverfahren zu

Massnahmen gegen Zwangsheiraten eröffnet. Der Bundesrat möchte mit einer Änderung des Zivilgesetzbuches, des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht und des Partnerschaftsgesetzes den Schutz vor Zwangsheiraten erhöhen. Als Folge der mehrheitlich positiven Antworten soll auf Bundesebene bis Ende 2010 eine **Botschaft** ausgearbeitet und eine **Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes** vorgesehen werden. (reh)